

Angela Merkel:

Aus fünf Seiten schlichten Papiers ist ein **Jahrhundert- vertrag** geworden

Bundestagsrede am 16. Januar

Angela Merkel und Alain Juppé:

Die Erfolgsgeschichte des **Elysée-Vertrags** muss fortgeschrieben werden

Aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung,
16. Januar 2003

Zum 40.
Jahrestag
des am
22. Januar 1963
unterzeichneten
Vertrags über
die deutsch-
französische
Zusammenarbeit



Der Elysée-Vertrag war die Krönung der Aussöhnungspolitik zwischen Deutschland und Frankreich – und er war und ist ein Eckpfeiler der europäischen Integration, ohne selbst Bestandteil der Europäischen Verträge zu sein. Gute deutsch-französische Beziehungen waren stets die entscheidende Grundlage für alle Fortschritte im europäischen Einigungsprozess. Ein gut funktionierendes deutsch-französisches Verhältnis bedeutet für Europa Dynamik und Fortschritt. Störungen zwischen Deutschland und Frankreich hingegen beschädigen den europäischen Integrationsprozess. Es ist richtig, dass unsere beiden Länder häufig unterschiedliche politische Positionen vertreten haben. Doch wenn sich beide Partner auf einen Kompromiss einigten, konnte die gefundene Lösung sehr oft ein akzeptables Modell auch für die anderen Staaten der Europäischen Union sein. Das deutsch-französische Tandem muss deshalb weiter eine Vorreiterrolle beim Integrationsprozess Europas einnehmen, die Erfolgsgeschichte des Elysée-Vertrags muss fortgeschrieben werden.

Angela Merkel und Alain Juppé

ANGELA MERKEL:

Aus fünf Seiten schlichten Papiers ist ein **Jahrhundertvertrag** geworden

Wir feiern und debattieren heute über den 40. Jahrestag des Elysee-Vertrages und werden aus diesem Anlass auch in wenigen Tagen in Paris sein. Wir können feststellen: Er hat sich als das wichtigste Fundament der deutsch-französischen Zusammenarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg und zugleich als eine der wichtigsten Grundlagen für Versöhnung, Zusammenarbeit und Frieden auf dem europäischen Kontinent erwiesen.

Fünf Seiten schlichten Papiers – dennoch war es ein politisches Programm für die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. Wenn man sich die einzelnen Punkte noch einmal anschaut, stellt man vielleicht nichts Ungewöhnliches fest: Im ersten Teil geht es um Abstimmung in den wichtigen Fragen der Außenpolitik einschließlich der Europapolitik, der Ost-West-Beziehungen der NATO- und der UNO-Fragen – damals schon alles so aufgeschlüsselt – sowie der Entwicklungspolitik, in einem zweiten Teil um gemeinsame Ziele auf dem Gebiet der Verteidigungs-, der Rüstungspolitik und des Zivilschutzes. Also insgesamt ein Programm, das überschaubar ist.

Für mich war es sehr interessant, dass von Anfang an als dritter Schwerpunkt auch die Förderung der deutsch-französischen Jugendarbeit und einer entsprechenden Zusammenarbeit beinhaltet war. Ich denke, der Jugendaustausch muss auch für die Zukunft der Kraftquell sein, aus dem heraus sich jede Generation das deutsch-französische Verhältnis wieder neu erarbeiten kann.

Wichtiger vielleicht als die einzelnen Punkte erschienen Adenauer und de Gaulle damals schon die dahinter stehende politischen Überzeugungen zu sein, die in einer gemeinsamen Erklärung zu dem Vertrag dann auch sichtbar wurden:

„... in der Überzeugung, dass die Versöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk, die eine Jahrhunderte alte Rivalität beendet, ein geschichtliches Ereignis darstellt, das das Verhältnis der beiden Völker zueinander von Grund auf neu gestaltet.“

Und weiter:

„... in der Erkenntnis, dass die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern einen unerlässlichen Schritt auf dem Wege zu dem vereinigten Europa bedeutet, welches das Ziel beider Völker ist.“

Auf der Basis dieser Grundüberzeugungen hat sich die deutsch-französische Kooperation in allen Partei- und Regierungsstrukturen der letzten Jahre bewährt und immer wieder entwickelt sowie alle Häme und alle Fragezeichen überwunden. Deshalb ist es unsere Aufgabe, diesen Jahrhundertvertrag auch weiter am Leben zu erhalten.

Nun habe ich noch einmal nachgelesen: Damals war die Debatte um diesen deutsch-französischen Vertrag, der uns heute so einleuchtend erscheint, gar nicht so unkontrovers; denn eingebettet in eine konkrete

weltpolitische Lage wurde natürlich durchaus und von allen Fraktionen gleichermaßen die Frage gestellt: Ist es richtig, dass wir in einer solchen weltpolitischen Situation einen bilateralen Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich abschließen, oder geben wir damit vielleicht dem bilateralismus zu viel Gewicht, so dass die atlantische Partnerschaft zurücktreten könnte? – Das ist ein Thema, das auch in der heutigen weltpolitischen Lage immer wieder eine Rolle spielt.

Es war damals so, dass sich die französische Armee aus der militärischen Zusammenarbeit in der NATO zurückgezogen hatte. Außerdem gab es das französische Veto gegen den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – zwei Vorgänge, die die Parlamentarier in Deutschland mit Recht beunruhigten. Adenauer mit seinem Sinn fürs Praktische ließ sich nicht beirren. Er stellte dem Ratifikationsgesetz flugs eine Präambel voraus, die die Dinge klarstellte – sehr zum Missfallen von Charles de Gaulle.

Nun hatten diese historischen Kontroversen sicherlich ihre Bedeutung; aber heute haben sie nur noch den Wert einer Fußnote der Geschichte. Uns steht die Frage vor Augen: Welche Bedeutung hat dieser Vertrag für die Zukunft und wie können wir ihn immer wieder mit Leben erfüllen?

Meine Damen und Herren, es ist unstrittig, dass es eine Vielzahl interessanter deutsch-französischer Kooperationen gibt. Als Beispiel nenne ich das Jugendwerk. Ich verbinde das mit der Bitte, dass dieses Jugendwerk nicht finanziell ausgezehrt wird; denn jede Generation muss sich die Kontakte neu erarbeiten.

Dieses Deutsch-Französische Jugendwerk ist nämlich außerordentlich wichtig, um immer wieder junge Menschen zusammenzubringen. In einer Welt, die vielerlei Faszinationen, gerade kultureller Art, aus dem angloamerikanischen Raum bietet, ist es von Bedeutung, dass wir sowohl in Bezug auf die Sprachfähigkeit als auch das gegenseitige Verständnis, wie es Herr Münteferingeben für seine Jugendzeit dargestellt hat, stets deutsch-französische Impulse setzen.

Wir haben den Fernsehsender Arte, wir haben deutsch-französische Hochschulen, wir haben die deutsch-französische Brigade. Es gibt also eine Vielzahl von Kooperationen. Unsere Volkswirtschaften sind stark miteinander verflochten. Das ist allerdings mit der Aufgabe verbunden, dafür zu sorgen, dass die deutsch-französische Kooperation Motor und nicht Bremsen der europäischen Entwicklung ist und dass das gemeinsame Grundbekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft nicht in schönen Vereinbarungen zur Verlangsamung von Privatisierungen und Staatseinflüssen genutzt wird. Dafür gab es in der Vergangenheit un-gute Beispiele.

Deshalb müssen wir, wenn wir lebendige Beziehungen haben wollen, immer wieder kritisch schauen, ob die deutsch-französischen Beziehungen in Ordnung sind. Der französische Botschafter in Deutschland hat einmal gesagt, die Beziehungen hätten einen Teil ihres emotionalen Charakters verloren. Es ist wichtig, dass wir diesen emotionalen Charakter stets deutlich machen und mit Leben erfüllen.

Weil sich Charles de Gaulle damals bei der Unterzeichnung der Präambel außerordentlich geärgert hatte, hat er, als er Deutsch-

land im Juli 1963 besuchte, gesagt, dass Verträge wie Rosen und junge Mädchen seien, sie blühten nur einen Morgen und deshalb dürfe man an ihnen nicht herummachen. – Ich dachte, als Frau kann ich mir leisten, das zu sagen.

Adenauer griff diese Worte auf und antwortete: „Rosen und junge Mädchen, natürlich haben sie ihre Zeit; aber die Rose – davon verstehe ich nun wirklich etwas – überdauert jeden Winter.“ Der deutsch-französische Vertrag hat sich mehr als Rose denn als junges Mädchen erwiesen.

Meine Damen und Herren, inzwischen – auch das will ich anmerken – ist es manchmal so, dass wir, gerade in Europa, froh sind, dass wir die französische Regierung haben. Als Beispiel aus jüngster Zeit will ich den Agrarkompromiss nennen. Er wäre sicher nicht so gut geworden, wenn nicht der französische Staatspräsident ein etwas besseres Herz für die Bauern hätte als der deutsche Bundeskanzler.

Alfred Grosser hat auf die Frage, ob der Elysee-Vertrag neu geschrieben werden sollte, geantwortet: Um Gottes Willen, nicht neu schreiben. Aber er hat auch gesagt, dass er sich vorstellen könne, dass man einen Satz hinzufügt, nämlich: Wir, der französische Präsident und der deutsche Kanzler, erkennen an, dass unser hauptsächlich nationales Interesse die Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft ist. Ich glaube, dieser Satz ist von außerordentlicher Bedeutung. Ich teile ihn uneingeschränkt.

Die Frage, wie es mit Europa weitergeht, hängt natürlich von Deutschland und Frankreich ab. Ich bin sehr dafür, Herr Bundeskanzler und Herr Bundesaußenminister,

dass Sie immer wieder versuchen, gerade zusammen mit Frankreich Motor der europäischen Einigung zu sein. Da gab es schlechtere Zeiten. Im Augenblick haben wir wieder etwas fruchtvollere Zeiten. Ich bitte Sie aber auch, dass die Schicksalsfragen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Europäischen Union wieder vorher im überparteilichen Konsens geklärt werden. Diese Tradition scheint in letzter Zeit verloren gegangen zu sein

Wir sind bereit, diese Dinge im Vorfeld zu klären. Aber man muss auch mit uns sprechen.

Ich hätte es eigentlich schon erwartet, dass Sie sich mit den Konventmitgliedern der Bundesrepublik Deutschland – natürlich gibt es keinen Zwang, sich zu einigen – einmal darüber austauschen, in welcher Art und Weise wir ein möglichst großes Stück des gemeinsamen Weges gehen könnten, was die Konventvorschläge anbelangt. Dasselbe hätte für die Frage der EU-Mitgliedschaft der Türkei gegolten. Da ist das Kind aber leider bereits in den Brunnen gefallen.

Die Geschichte des deutsch-französischen Vertrages ist die Geschichte von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer. Es ist die Geschichte von Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing. Es ist die Geschichte von Helmut Kohl und François Mitterrand. Es ist die Geschichte, die immer auf einem breiten Konsens in unseren beiden Völkern beruht hat. Damit es auch weiterhin eine gute Geschichte ist, sollte dieses Bemühen um eine gemeinsame, breite Grundlage nicht verloren gehen.

Lassen Sie mich das, was Sie in Bezug auf den Konvent vereinbart haben, von meiner Seite kurz kommentieren.

ERSTER PUNKT. Es ist zu begrüßen, dass der zukünftige Kommissionspräsident vom Parlament gewählt werden soll. Das ist eine Forderung, die wir seit langem aufgestellt haben. Ich möchte an dieser Stelle nur die Anmerkung machen, dass man aufpassen muss, dass das Quorum für die Wahl durch das Parlament nicht so hoch gesetzt wird, dass letztendlich die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger bei der Europawahl, auf der die Zusammensetzung des Parlaments beruht, nicht völlig nivelliert wird; denn ein sehr hohes Quorum würde sozusagen eine gemeinschaftliche Regelung bewirken.

ZWEITER PUNKT. Wir waren erstaunt, dass der Vorschlag, nämlich einen ständigen Ratspräsidenten zu installieren, den Sie bisher mit relativ großer Skepsis betrachtet haben, nun ein gemeinsamer Vorschlag ist. Ich will an dieser Stelle aber sagen, dass wir aufpassen müssen, dass ein solcher ständiger Ratspräsident nicht der heimliche Herrscher über alle Institutionen Europas wird und dass wir dafür sorgen müssen, dass das Verhältnis zum Kommissionspräsidenten auf festgelegten Zuständigkeiten beruht. Denn der Sinn des Konvents besteht darin – das darf bei einer Diskussion über die Institutionen nicht vergessen werden –, die Zuständigkeiten zwischen Europa und den Nationalstaaten insgesamt klar zu regeln. Es gilt also, das Gesamtkonzept in die neuen Überlegungen für die Neuordnung der EU-Institutionen einzubetten. Es darf deshalb nicht sein, dass der ständige Ratspräsident Dinge außerhalb seiner Zuständigkeit entscheidet und so den Kommissionspräsidenten in seiner Arbeit behindert.

Es ist auch erfreulich, dass die Kommission offensichtlich Weisungsrechte bezüglich ihrer Generaldirektion bekommen sol-

len. Ich begrüße das außerordentlich, weil damit klarere Verhältnisse geschaffen werden. Aber beim ständigen Ratspräsidenten stelle ich mir die praktische Umsetzung relativ schwierig vor, weil er natürlich schnell sozusagen ein Herrscher ohne Unterbau sein könnte. Man muss sich fragen, woher er diesen Unterbau nimmt: entweder durch eine Aufblähung des Ratssekretariats, was ich nicht begrüßen würde, oder durch ein Hineinregieren in die Kommission, was ich für genauso falsch hielte. Über diese Fragen sollten wir ehrlich sprechen, damit wir später sowohl geklärte Zuständigkeiten, was die Sachaufgaben angeht, als auch geklärte Zuständigkeiten, was die Institutionen anbelangt, haben.

Wir begrüßen es, dass es nunmehr eine deutsch-französische Gemeinsamkeit in der Frage der Außenvertretung der Europäischen Union gibt. Allerdings sage ich auch: Bei allem intergouvernementalen Charakter der Außen- und Sicherheitspolitik wird es wichtig sein, dass die Persönlichkeit, die diese Funktion ausübt, auch die Chance hat, in der Kommission Einfluss zu haben, dass der Kommissionspräsident weiterhin die Außenvertretung der Europäischen Union übernimmt und dass diese Zuständigkeit nicht klammheimlich Richtung Rat wandert. Auch das wird ganz wichtig sein.

Meine Damen und Herren, deshalb hoffen wir, dass wir in die Diskussionen der deutschen und der französischen Regierungen in Zukunft besser mit einbezogen werden. Ich glaube, es kann der Arbeit im Konvent nicht schaden. Es ist in anderen Ländern Usus, dass man versucht, die nationalen Interessen durch gemeinschaftliche Konsultationen vorher zu regeln. Deshalb möchte ich angesichts von 40 Jahren erfolgreicher

deutsch-französischer Kooperation diesen Wunsch hier in aller Klarheit anmelden.

Wir werden in der nächsten Woche nach Paris fahren. Ich glaube, dass angesichts des besonderen Charakters des deutsch-französischen Verhältnisses diese Reise des Parlaments angemessen ist, wenngleich sie eine Ausnahme bleiben sollte. Darüber sind wir uns aber auch einig. Ich glaube, es ist gut, dass es gerade auch mit jungen Menschen Diskussionen in unserem Land geben wird, die daraus etwas über das deutsch-französische Verhältnis lernen können.

Ich bin der festen Überzeugung, dass Deutschland und Frankreich auch in Zukunft der Motor bleiben müssen, äußere al-

lerdings einen allerletzten Wunsch: Mit der Erweiterung der Europäischen Union wird es noch wichtiger sein, dass Deutschland und Frankreich als Motor einer europäischen Einigung auch die Fähigkeit aufbringen, kleine Länder ernst zu nehmen. Deutsch-französische Kooperation darf woanders niemals so gesehen werden, dass kleine Länder kein wirkliches Mitspracherecht mehr haben. Darauf müssen wir achten, auch bei den weiteren Arbeiten im Konvent sowie in der sich anschließenden Regierungskonferenz.

Ich glaube, es ist richtig, dass unser Parlament diese Debatte heute führt, und ich hoffe, sie ist zum Wohle des deutsch-französischen Verhältnisses.

Die Erfolgsgeschichte des Elysée-Vertrags muss fortgeschrieben werden

Vor 40 Jahren, am 22. Januar 1963 unterzeichneten der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, und der Präsident der Französischen Republik, General Charles de Gaulle, den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit. Dieses Abkommen ist unter dem Namen Elysée-Vertrag in die Geschichte eingegangen.

In der gemeinsamen Erklärung zum Vertrag brachten Adenauer und de Gaulle ihre Überzeugung zum Ausdruck, „dass die Versöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk, die eine jahrhundertalte Rivalität beendet, ein geschichtliches Ereignis darstellt, das das Verhältnis der beiden Völker von Grund auf neu gestaltet“. Damit folgten sie der Erkenntnis, „dass die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern einen unerlässlichen Schritt auf dem Wege zu dem vereinigten Europa bedeutet, welches das Ziel beider Völker ist“.

Liest man die Erklärung Adenauers und de Gaulles über ihre großen, visionären Ziele nicht im Hinblick auf die Aussöhnung der früheren Erzfeinde und die Einigung Europas, wirkt der Elysée-Vertrag selber beinahe befremdlich. In nüchterner Sprache wird aufgelistet, wann Regierungschefs, Außenminister und zuständige Behörden zu Konsultationen zusammenkommen müssen. Als besondere Aufgabenschwerpunkte der bilateralen Kooperation werden die Außenpoli-

tik, die Verteidigung sowie Erziehungs- und Jugendfragen aufgezeigt. Von Anfang an stand damit der Gedanke Pate, nicht nur eine intensive Kooperation zwischen den Regierungen aufzubauen, sondern auch die Bürger der beiden Länder in die Aussöhnung einzubeziehen, um der Freundschaft eine breite und tiefverwurzelte Basis zu geben. Dies gelang vor allem durch den Austausch von Jugendlichen und die erfolgreiche Arbeit des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, dessen Gründung im Elysée-Vertrag festgeschrieben war.

Der Elysée-Vertrag ist ein Leitfaden für gute deutsch-französische Beziehungen und zugleich eine Mahnung, an dem Ziel eines vereinigten, starken Europas festzuhalten. Um wirklich ermessen zu können, welche Bedeutung der Elysée-Vertrag hat, muss man sich 40 Jahre zurückversetzen. Konrad Adenauer erkannte und beschrieb die historische Tragweite des Abkommens:

„Welch großartiger Fortschritt in der Geschichte dieser beiden Völker, die mitten in Europa gelegen sind, die Nachbarn sind, die von gemeinsamen Gefahren bedroht sind, deren Schicksal, so wie die Welt sich entwickelt hat, dasselbe sein wird, welch ein großes Glück, dass diese beiden Völker nun zueinander gefunden haben!“

Auch wenn uns heute die deutsch-französische Partnerschaft selbstverständlich

erscheint, haben diese Worte nichts von ihrer Aktualität eingebüßt.

Der Elysée-Vertrag war die Krönung der Aussöhnungspolitik zwischen Deutschland und Frankreich – und er war und ist ein Eckpfeiler der europäischen Integration, ohne selbst Bestandteil der Europäischen Verträge zu sein. Gute deutsch-französische Beziehungen waren stets die entscheidende Grundlage für alle Fortschritte im europäischen Einigungsprozess. Ein gut funktionierendes deutsch-französisches Verhältnis bedeutet für Europa Dynamik und Fortschritt. Störungen zwischen Deutschland und Frankreich hingegen beschädigen den europäischen Integrationsprozess.

Es ist richtig, dass unsere beiden Länder häufig unterschiedliche politische Positionen vertreten haben. Doch wenn sich beide Partner auf einen Kompromiss einigten, konnte die gefundene Lösung sehr oft ein akzeptables Modell auch für die anderen Staaten der Europäischen Union sein. Das deutsch-französische Tandem muss deshalb weiter eine Vorreiterrolle beim Integrationsprozess Europas einnehmen, die Erfolgsgeschichte des Elysée-Vertrags muss fortgeschrieben werden.

Der französische Staatspräsident Jacques Chirac hat anlässlich des 35. Jahrestages der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags festgestellt, aus der deutsch-französischen Aussöhnung erwachse ein zweifacher Auftrag für beide Länder. Der erste bestehe „in der Vollendung der Aufgabe, die am 9. November mit dem Fall der Berliner Mauer begann, das heißt in der Einigung des erweiterten Europas“. Durch den Beschluss des EU-Gipfels von Kopenhagen, zehn Staaten in die Europäische Union aufzunehmen, ist man dem

Ziel der Wiedervereinigung Europas ein großes Stück näher gekommen. Die zweite Aufgabe, so Präsident Chirac, umfasse „die moralische, politische und institutionelle Stärkung des europäischen Einigungsprozesses“.

Insbesondere die zweite Aufgabe ist noch lange nicht vollendet. Deshalb müssen beide Länder konkrete Vorschläge für die Weiterentwicklung der Europäischen Union erarbeiten, damit die Grundlagen für eine zukunftsfähige erweiterte Union, die auch ihrem gewachsenen internationalen Gewicht gerecht wird, zügig beschlossen werden können:

- Der Konvent zur Zukunft Europas ist eine große Herausforderung für die gestalterische Kraft Deutschlands und Frankreichs. Die Europäische Union muss auch mit 25 und mehr Mitgliedstaaten ihr hohes Integrationsniveau behalten und weiterentwickeln, handlungsfähig sein, um zügig, transparent, bürgernah und demokratisch entscheiden zu können. Deutschland und Frankreich müssen deshalb für den Konvent zu allen wichtigen Reformvorhaben gemeinsame Positionen erarbeiten und vertreten.

- Angesichts des Kandidatenstatus der Türkei ist es auch erforderlich, gemeinsame Antworten auf die Frage nach den Grenzen der Europäischen Union zu finden. Grenzen, die einem gemeinsamen Bewusstsein und Werteverständnis der Europäer entsprechen, die die Aufnahmefähigkeit der EU nicht überfordern und die auch denjenigen Staaten, die nicht Mitglied der Europäischen Union werden können oder wollen, engste und privilegierte Beziehungen unterhalb einer vollen EU-Mitgliedschaft ermöglichen.

■ Deutschland und Frankreich müssen nicht nur Motor der Integration in ihrer Wirkung nach innen, sondern auch nach außen werden. Es kommt darauf an, eine europäische Identität in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu schaffen, damit handfeste europäische Interessen gemäß dem wirtschaftlichen Potential unseres Kontinents in Zeiten der Globalisierung wirkungsvoll vertreten und durchgesetzt werden können. Daher müssen Frankreich und Deutschland in den wichtigen Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik – insbesondere in der Frage möglicher Militäreinsätze – mit einer gemeinsamen Position auftreten. Die Erweiterung eröffnet der Europäischen Union die Möglichkeit, ihre Interessen im globalen Wettbewerb besser zu behaupten, ihr Gewicht und ihren Einfluss in der Welt und in den internationalen Organisationen zu erhöhen und somit wirksamer als ein wichtiger globaler Ordnungs- und Stabilitätsfaktor handeln zu können. Zugleich werden dadurch die Chancen für eine erfolgreichere Bewältigung der weltweiten Herausforderungen, insbesondere der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Unterentwicklung und der Umwelt- Risiken, verbessert.

Die Absicht der deutschen und der französischen Regierung, eine Sicherheits- und Verteidigungsunion zu schaffen, ist richtig und vordringlich. Um diese Vision zu verwirklichen, müssen die entsprechenden militärischen Fähigkeiten geschaffen und die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Insbesondere Deutschland steht in der Pflicht, größere Verteidigungsanstrengungen zu unternehmen, damit die ESVP nicht als Papiertiger scheitert.

Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union sind also zwei Seiten ein und derselben Medaille. Ohne Erweiterung bliebe der Traum von einem vereinten Europa ein Torso, und ohne Vertiefung wäre die erweiterte Europäische Union ein Koloss auf tönernen Füßen. Deshalb müssen der EU-Verfassungskonvent und die daran anschließende Regierungskonferenz ein Erfolg werden. Und das wird nur gelingen, wenn Deutschland und Frankreich gemeinsam an einem Strang ziehen.

Der Elysée-Vertrag hat das Fundament geschaffen für die Verständigung und Kooperation Deutschlands und Frankreichs. Das Wesen und der innere Wert der deutsch-französischen Beziehungen, aber auch der europäischen Integration werden maßgeblich davon bestimmt bleiben, wie sehr die gemeinsame Idee der Zusammenarbeit und der Integration von beiden Völkern verinnerlicht wird. Doch gute Beziehungen sind keine Selbstverständlichkeit. Die unzureichenden Ergebnisse der Agenda 2000 von Berlin und der Regierungskonferenz von Nizza sind Zeugnis dafür, dass die deutsch-französische Abstimmung in der jüngeren Vergangenheit alles andere als reibungslos verlaufen ist. Die sozialdemokratischen Regierungschefs in Deutschland und Frankreich waren nicht in der Lage, gemeinsame Ziele und Perspektiven zu entwickeln. Die spezielle Pflege der deutsch-französischen Beziehungen ist eine besondere Domäne der Volksparteien der bürgerlichen Mitte.

CDU und CSU sowie UMP pflegen enge Kontakte, die auch Ausdruck finden in einer sehr engen Kooperation innerhalb der Europäischen Volkspartei und im Europäischen Parlament.

Häufig bilaterale Kontakte auf Regierungsebene machen vor allem dann Sinn, wenn sie mit Leben und Inhalt gefüllt werden. Um das Erreichte zu bewahren, sind größere Anstrengungen nötig. So muss neben der Pflege der politischen Kontakte auch dem Jugendaustausch und dem Erlernen von Deutsch und Französisch als Fremdsprache wieder mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dem Trend, nach dem die Sprache des Nachbarlandes immer weniger gelehrt und gelernt wird, muss entgegen gewirkt werden, denn die Kenntnis der Sprache einer Nation ist der entscheidende Schlüssel zu deren tieferem Verständnis. Es darf nicht wieder zu einer schleichenden Entfremdung zwischen Frankreich und Deutschland kommen, denn jede Generation muss sich die deutsch-französische Partnerschaft für eine gemeinsame gute Zukunft neu erarbeiten.

Darüber hinaus sollte die heutige aktive Politikergeneration ehrgeizige Ziele setzen. Eine besondere Rolle sollte dabei der Zusammenarbeit in den Grenzregionen zukommen, denn nirgends ist es leichter und sinnvoller, einen engen Kontakt zwischen den Menschen unserer beiden Länder zu

pflegen. Die Kooperation in der Verteidigungspolitik muss weiter intensiviert werden. Auch die Einrichtung eines gemeinsamen deutsch-französischen Parlamentsausschusses könnte die Zusammenarbeit fördern. Deutschland und Frankreich haben allen Grund, auf dem Erbe Adenauers und de Gaulles aufzubauen. Charles de Gaulle hatte Recht, als er am 14. Januar 1963, wenige Tage vor der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags, feststellte: „Ich glaube, dass unter den neuen Faktoren keine gibt, die markanter und fruchtbarer sind als das deutsch-französische Verhältnis.“

Die Visionäre Konrad Adenauer und Charles de Gaulle haben sich als Realisten erwiesen. Wir, CDU und UMP als die großen Volksparteien der bürgerlichen Mitte, fühlen uns dem Erbe unserer zwei großen Wegbereiter der deutsch-französischen Aussöhnung und der europäischen Integration besonders verpflichtet und wollen ihre Visionen unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts weitertragen.

Alain Juppé ist Vorsitzender der Union pour un Mouvement Populaire (UMP)



Ich bin der festen Überzeugung, dass Deutschland und Frankreich auch in Zukunft der Motor bleiben müssen, äußere allerdings einen allerletzten Wunsch: Mit der Erweiterung der Europäischen Union wird es noch wichtiger sein, dass Deutschland und Frankreich als Motor einer europäischen Einigung auch die Fähigkeit aufbringen, kleine Länder ernst zu nehmen. Deutsch-französische Kooperation darf woanders niemals so gesehen werden, dass kleine Länder kein wirkliches Mitspracherecht mehr haben. Darauf müssen wir achten, auch bei den weiteren Arbeiten im Konvent sowie in der sich anschließenden Regierungskonferenz.

Angela Merkel